

EINSCHÄTZUNG

„Im Großen und Ganzen sind die Ergebnisse enttäuschend“

WirtschaftsBlatt: *EU-Ostpartnerschaft oder Östliche Partnerschaft, Mittelmeerunion, EU-Nachbarschaftspolitik. Es herrscht Begriffsverwirrung.*

Susan Stewart: Die EU-Ostpartnerschaft und die sogenannte Mittelmeerunion sind in die EU-Nachbarschaftspolitik eingebettet. Diese wurde 2004 eingerichtet und hat sich dann nach Westen und Osten ausdifferenziert. Die östlichen Länder firmieren nun unter dem Mantel „Östliche Partnerschaft“.

Die Östliche Partnerschaft wurde von Polen 2008 initiiert und 2009 in Prag vorgestellt. Wie beurteilen Sie die Entwicklung bis heute?

Sie hat schlussendlich weniger gebracht als ursprünglich erwartet und gehofft worden ist. Eigentlich hatte die Europäische Union beabsichtigt, diese Länder auf ihrem Weg zu europäischen Standards zu unterstützen. Es ging um die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung. In manchen Bereichen und je nach Land hat es geklappt, diese Standards zu übernehmen. Besonders im Wirtschaftsbereich konnten zahlreiche Produkte für den EU-Markt tauglich gemacht werden.

”

Eine Beitrittsperspektive würde keinen Katalysator für Reformen in den einzelnen Ländern darstellen

SUSAN STEWART
WISSENSCHAFTERIN

Gab es Fortschritte im Bereich Gesellschaft und Demokratie?

Im Großen und Ganzen sind die Ergebnisse vor allem im politischen Bereich, in der Demokratisierung, enttäuschend. Es gibt aber mehrere Kategorien von Ländern. Weißrussland war beispielsweise immer problematisch. Das Land ist deshalb auch nur teilweise in die Östliche Partnerschaft eingebunden. Dann sind da noch Armenien und Aserbaidschan: Aserbaidschan ist durch seine Energieträger weniger an einer Annäherung an Brüssel interessiert. In Armenien wiederum ist der Einfluss Russlands sehr groß. Das Land arbeitet auch offiziell stark mit Moskau zusammen.

Wie schaut es in den Ländern in der unmittelbaren Nachbarschaft, in der Ukraine oder in der Republik Moldau aus?

Diese beiden Länder plus Georgien haben sich zumindest rhetorisch immer zur Annäherung bekannt. Vor allem die Ukraine war ein Hoffnungsträger. Brüssel und Kiew haben es immerhin geschafft, den Text des Assoziierungsabkommens auszuarbeiten. Vielleicht wird es beim kommenden Gipfel in Vilnius unterschrieben. Aber auch in der Ukraine mussten in den vergangenen Jahren wieder Rückschritte verzeichnet werden.

Die Republik Moldau ist äußerst klein und direkt an der EU-Außengrenze...

Nach der Ukraine hat Brüssel verstärkt auf die Republik Moldau gesetzt. Es scheint im Land eine Elite zu geben, welche tatsächlich an einer Annäherung an die EU interessiert ist. Diese Intentionen werden aber von der wirtschaftlichen Lage, der massiven Armut und den politischen Problemen überschattet.

Die Östliche Partnerschaft beinhaltet allerdings keine explizite EU-Beitrittsperspektive für die involvierten Länder. Hätte eine solche Beitrittsperspektive die internen Reformbestrebungen möglicherweise verstärken können?

Es gab vielleicht in der Ukraine Momente, in denen die EU mit einer Beitrittsperspektive den Lauf der Dinge beeinflussen hätte können – beispielsweise während der Orangen Revolution.

Insgesamt glaube ich aber nicht, dass eine Beitrittsperspektive ein Katalysator für Reformen in den einzelnen Ländern darstellen kann. Dafür sitzen gewisse Machtzirkel und Eliten, die nicht an einer verstärkten Transparenz interessiert sind, zu fest im Sattel. Das haben die Verantwortlichen in Brüssel möglicherweise unterschätzt. Für diese Gruppen indes stellt ein Beitritt nicht Anreiz genug dar, die Verhaltensmuster zu ändern. (ekon)

ZUR PERSON



Susan Stewart
SWP-Berlin,
Forschungsgruppe
Osteuropa und
Eurasien

■ Susan Stewart ist stellvertretende Forschungsgruppenleiterin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Einer ihrer aktuellen Schwerpunkte umfasst die EU-Nachbarschaftspolitik.